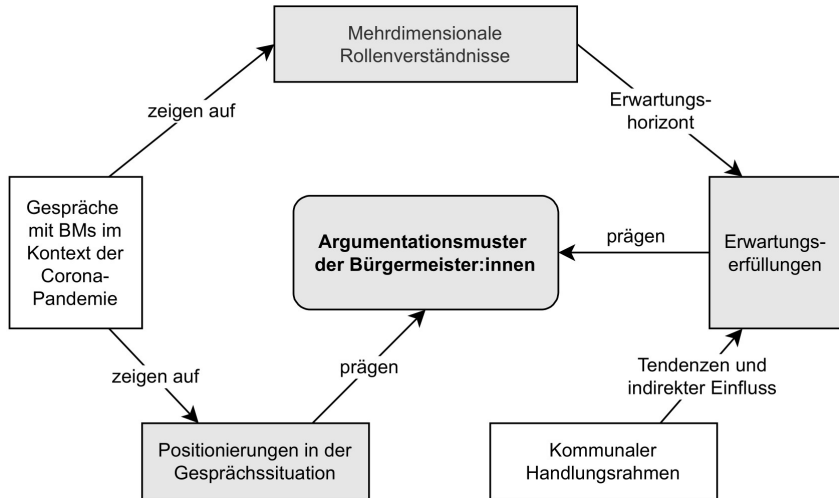


8. Typologische Argumentationsmuster

Ziel dieser Untersuchung ist es, die individuellen Perspektiven von Bürgermeister:innen als (lokal-)politische Akteur:innen kleiner Kommunen nachzuvollziehen. In diesem Kapitel werden die bisherigen Ergebnisse zusammengeführt und fünf charakteristische Argumentationsmuster herausgearbeitet. Die Grounded-Theory-Methodologie ermöglicht es, die Darstellungen der Bürgermeister:innen zu erfassen sowie interpretierend und abstrahierend ein typologisches⁴⁴⁸ Modell zu erstellen. Die rekonstruktive Analyse zeigt, dass die Argumentationsmuster durch das Zusammenspiel aus mehrdimensionalen Rollenverständnissen (siehe Kap. 4), wahrgenommenen Erwartungserfüllungen (siehe Kap. 5) und spezifischen Positionierungen in der Gesprächssituation (siehe Kap. 7) geprägt sind. Der kommunale Handlungsrahmen beeinflusst die individuelle Perspektive dabei nur indirekt (siehe Kap. 6). Mithilfe der GTM können die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Kategorien erkannt, nachvollzogen und grafisch abgebildet werden (siehe Abb. 28).

448 Zum Typen-Modell im Sinne der GTM siehe Breuer et al. (2019), S. 310–313.

Abbildung 28: Analysemodell Schritt V – Argumentationsmuster



Eigene Darstellung

Als zentrales Ergebnis zeigt diese Untersuchung, dass in den Ausführungen der Bürgermeister:innen die fünf typologischen Argumentationsmuster „Gegensatz“ (8.1), „Verantwortung“ (8.2), „Resignation“ (8.3), „Eigenständigkeit“ (8.4) und „Teilhabe“ (8.5) deutlich werden. Durch die typologische Ordnung können die individuellen Perspektiven der Gesprächspartner:innen erfasst und im relationalen Bezug zu den jeweils anderen Mustern nachvollzogen und eingeordnet werden. Die induktiv aus dem Gesprächsmaterial entwickelte Typologie kann daher im Sinne der GTM als gegenstandsbezogenes, theoretisches Modell begrenzter Reichweite⁴⁴⁹ angesehen werden (siehe Abb. 29).

449 Vgl. Glaser/Strauss (2010), S. 19; Corbin/Strauss (2015), S. 218; Breuer et al. (2019), S. 255; Bethmann (2019), S. 15; Blatter et al. (2018), S. 155.

Abbildung 29: Fünf typologische Argumentationsmuster

	Gegensatz	Verantwortung	Resignation	Eigenständigkeit	Teilhabe
Rollenverständnis (Kap. 4)	Managen		Kümmern		Ermöglichen
Erwartungserfüllung (Kap. 5)	Ohnmächtig	Erfolgreich	Eingeschränkt	Autark	Innovativ
Positionierung (Kap. 7)	Verpersönlichen	Verfachlichen	Verpersönlichen	Verfachlichen	Verobjektivieren
BMs	1, 7, 9, 11	5, 13, 17, 18	3, 6, 14	2, 8, 12, 19	4, 10, 15, 16

Eigene Darstellung

Die Argumentationsmuster sind dabei nicht auf den spezifischen Kontext der Corona-Pandemie begrenzt oder als Reaktionsmuster auf die aktuelle Krise zu verstehen. Die typologische Ordnung spiegelt allgemein die Denkweisen und Handlungspräferenzen der untersuchten Bürgermeister:innen wider, insbesondere in Bezug auf das eigene Amts-, Politik- und Systemverständnis sowie die wahrgenommene Erfüllung der eigenen Erwartungen. Über die charakteristischen Muster kann somit grundsätzlich die argumentative Haltung der Bürgermeister:innen als lokalpolitische Akteur:innen nachvollzogen werden. Besonders deutlich wird dies unter anderem daran, welche charakteristischen Positionen die Bürgermeister:innen im lokal- und bundespolitischen Umgang mit der teilweise als gesichert rechtsextrem eingestuft Partei Alternative für Deutschland (AfD) einnehmen.

8.1 Gegensatz

Die Gespräche mit den Bürgermeister:innen 1, 7, 9 und 11 sind vom argumentativen Muster „Gegensatz“ geprägt. Im Zusammenspiel von nicht-erfüllten Erwartungen an das managende Rollenverständnis und einer persönlichen Positionierung als Bürger:in betonen die Gesprächspartner:innen vor allem Gegensätze. So wird, im Hinblick auf die Stellung der Kommune im politischen System, die eigene Gemeinde als Gegensatz zu anderen Kommunen und den übergeordneten politischen Ebenen stilisiert:

7: [...] wir sind wie ein Unternehmen, wir kämpfen auf dem Markt, auch wenn das manche vielleicht nicht so sehen, wir sind im Wettbewerb,

8. Typologische Argumentationsmuster

meine Nachbarkommunen sind alles meine Wettbewerber (...) auch die LANDESHAUPTSTADT ist mein Wettbewerber [...] (BM7, Pos. 10)

Auf der untersten Ebene des politischen Systems sieht BM7 die eigene, kleine Kommune in einer umfassenden Konkurrenz- und Wettbewerbssituation mit anderen Kommunen. Nach dieser Wahrnehmung muss sich die Kommune im Wettbewerb gegenüber den Nachbarkommunen, aber auch gegenüber der Landesebene durchsetzen. Die Konkurrenzsituation wird von BM7 dabei mit ökonomischer Sprache verdeutlicht („Unternehmen“; „Markt“), als Kampf angesehen („kämpfen“) und sehr persönlich aufgefasst („meine Wettbewerber“). Um in der Konkurrenz- und Wettbewerbssituation erfolgreich zu sein, muss sich die Kommune gegenüber anderen Kommunen und den übergeordneten politischen Ebenen behaupten können. Vor diesem Hintergrund wird die eigene Gemeinde idealisiert dargestellt:

1: [...] wir haben diese Probleme halt nicht wie Großstädte, [...] wie man dann auch hört so ähm häusliche Gewalt weil sie die ganze Zeit aufeinander gehangen haben und so, also da, so das gabs bei uns nicht, ne da muss man / das muss man ehrlich sagen [...] (BMI, Pos. 2)

Im Kontext der Corona-Pandemie ordnet BMI „häusliche Gewalt“ pauschal als ein spezifisches Problem der „Großstädte“ ein. Im Gespräch wird undifferenziert behauptet, dass es in der kleinen Kommune schlicht keine häusliche Gewalt gibt („das gabs bei uns nicht“). Im Gegensatz zu großen Städten und großstädtischen Problemen wird die eigene, kleine Kommune zu einem Ort der heilen Welt idealisiert, in der Ordnung und Normalität herrschen. Die Gespräche zeigen, dass das übersteigerte Wettbewerbsdenken und die stilisierten Gegensätzlichkeiten zu anderen Kommunen mit den nicht-erfüllten Erwartungen an eine klar strukturierte Macht- und Verwaltungshierarchie einhergehen:

9: [...] ich komme mir da manchmal vor, als ob ich in drei unterschiedlichen Systemen lebe [...] (BM9, Pos. 38)

BM9 schildert den persönlichen Eindruck („ich“, „mir“), in drei unterschiedlichen Systemen zu leben. Diese Wahrnehmung steht im Gegensatz zur Wunschvorstellung nach einem einheitlichen und durchsetzungsfähigen Staat. Erwartet wird, dass die verschiedenen Organe des politischen Mehrebenensystems zusammen als schlagkräftiger und durchsetzungsstarker Staatsapparat auftreten. Stattdessen sieht sich BM9 in der kleinen Kommune unklaren Vorgaben und Zuständigkeiten ausgesetzt. Besonders im Kontext der Corona-Pandemie wird die Uneinheitlichkeit zwischen Bund,

Ländern und Kommunen als systemisches Problem angesehen. Da zentrale Erwartungen an einen starken und einheitlichen Staatsapparat nicht erfüllt werden können, wird der Landes- und Bundespolitik eine falsche Prioritätensetzung vorgeworfen:

1: [...] da muss ich einfach schnell und unkompliziert helfen (...) haben wir ja / wir machen es ja oft genug meistens im Ausland wenn dort irgendwas ist ähm wenn da ein Erdbeben ist [...] da wird auch das Geld erstmal rausgeschmissen [...] (BfM, Pos. 18)

Die abgrenzend-gegensätzliche Haltung zur Landes- und Bundespolitik wird vor allem im Kontext der Corona-Pandemie sichtbar: BfM beklagt, dass Gewerbetreibenden in der Kommune nicht schnell und unkompliziert genug geholfen wird. Den übergeordneten staatlichen Instanzen wird vorgeworfen, die Betroffenen vor Ort nicht entschlossen zu unterstützen. Maßnahmen und Regelungen werden von den Gesprächspartner:innen 1, 7, 9 und 11 als „nicht sinnvoll“ (BfM7, Pos. 30) und als der „größte Schwachsinn“ (BfM1, Pos. 58; BfM9, Pos. 26) bezeichnet. Neben verfehlter Sachpolitik wird zudem der Vorwurf erhoben, dass gegensätzlich zu den Interessen der Bürger:innen gehandelt wird: Der schiefe Vergleich, der zwischen Hilfszahlungen bei Naturkatastrophen im Ausland und Unterstützungsleistungen für Bürger:innen während der Pandemie gezogen wird, verdeutlicht dies. Die als kompliziert, langsam und unzureichend wahrgenommene Auszahlung von Hilfsgeldern in der Pandemie-Situation wird nicht sachlich-konstruktiv kritisiert, sondern als Indikator für falsche Prioritätensetzung angesehen und dient als Anlass für pauschale Grundsatzkritik. Dies geht mit einer bewussten Distanzierung kommunaler Politik einher:

1: [...] also bei uns gehts einfach um das Wohl der Gemeinde ähm also das hat wirklich nichts mit der großen Politik / nicht mal ansatzweise mit der großen Politik was zu tun, ne (...) und ja das / das / das funk / funktioniert ganz anders als Landtag oder ein Bundestag [...] (BfM1, Pos. 30)

BfM grenzt kommunalpolitische Vorgänge – und damit die eigene Tätigkeit („bei uns“) – sehr deutlich und explizit von der Sphäre der „großen Politik“ ab. Es wird betont, dass kommunale Politik absolut nichts mit den Mechanismen und Gesetzmäßigkeiten der übergeordneten politischen Ebenen und Institutionen gemeinsam hat („wirklich nichts“, „nicht mal ansatzweise“, „ganz anders“). Unter anderem wird der örtliche Gemeinderat als Gegensatz zu den Parlamenten in Land und Bund dargestellt. Aus dieser

Argumentationshaltung unterstellt BM1 den übergeordneten politischen Ebenen fehlendes Interesse am Gemeinwohl: Wird behauptet, dass anders als auf Landes- und Bundesebene in der Kommunalpolitik vor Ort „das Wohl der Gemeinde“ im Fokus steht, impliziert dies, dass die übergeordneten politischen Verantwortungsträger:innen nur unzureichend am „Wohl“ der Bürger:innen bzw. der politischen Körperschaft interessiert sind. Die Gespräche zeigen, dass der Gegensatz zwischen Kommunalpolitik und der „großen Politik“ von persönlichen Enttäuschungen und pauschalen Unterstellungen begleitet werden. Beispielsweise wirft BM7 der übergeordneten Politik vor, verdeckte Absichten zu verfolgen und bewusst falsche Informationen zu verbreiten:

7: [...] die Leute wollen uns allen weismachen, die hohe Politik, die Menschen wollen alle in die Großstadt, weit gefehlt, der ähm Rückzug in die ländlichen Räume hat schon lange begonnen [...] (BM7, Pos. 10)

Das Gespräch zeigt einen klaren Gegensatz zwischen den normalen Bürger:innen („uns allen“) und einer abstrakten Elite („die hohe Politik“). Der übergeordneten Elite wird unterstellt, die Bevölkerung bewusst zu täuschen („weismachen“), indem Falschinformation verbreitet und ländliche Gebiete marginalisiert werden. Die Wortwahl von „uns allen“ verdeutlicht, dass sich BM7 persönlich als Bürger:in positioniert, um die Marginalisierungen zu erkennen, zu entlarven und zu widerlegen („weit gefehlt“). Entsprechend wird die eigene Tätigkeit als Bürgermeister:in im Gegensatz zu den Politiker:innen auf Landes- und Bundesebene stilisiert („ich bin [...] kein Politiker“; BM1, Pos. 88). Die eigene Arbeit als Bürgermeister:in wird als normaler/normale Bürger:in ausgeübt und steht so diametral zu den Politiker:innen in der „Blase in Berlin“ (BM7, Pos. 30).

Aufgrund enttäuschter Erwartungen rücken die Bürgermeister:innen die angenommen Interessen der kommunalen Bevölkerung in den Fokus und verteidigen diese gegenüber dem vermeintlich realitätsfernen politischen Establishment. Im Argumentationsmuster „Gegensatz“ werden dabei nicht nur übergeordnete Parlamentarier:innen als Konkurrent:innen wahrgenommen und mit Unterstellungen belegt, sondern auch Fremdgruppen mit stereotypen Vorstellungen abgewertet:

9: [...] ob da eine Großfamilie mit einem Wagen einkaufen geht, und wir haben das streckenweise, dass, was weiß ich, rumänische Großfamilien, die kommen mit zwei drei Erwachsene, die bringen zehn Kinder mit [...] (BM9, Pos. 8)

Im Kontext der Corona-Pandemie beschuldigt BM9 explizit „rumänische Großfamilien“, sich nicht an die Maßnahmen und Kontaktbeschränkungen zu halten und in großer Personenzahl in der Kommune einkaufen zu gehen. Während sich die einheimischen Bürger:innen („wir“) an die Regeln halten, werden diese von den ortsfremden Personen („die“) gebrochen. Auffällig ist dabei, wie offen und pauschal BM9 stereotype Vorurteile über Fremdgruppen bedient und reproduziert. Unterstellt wird nicht nur Gleichgültigkeit gegenüber geltenden Regeln, sondern auch unkontrollierter Familiennachwuchs („zwei drei Erwachsene [...] zehn Kinder“). BM9 nimmt eine persönliche Gesprächsperspektive als Bürger:in ein, um auswärtige Personengruppen stereotyp abzuwerten und diese in Gegensatz zur Normalität und Ordnung der Kommune zu setzen. Die Gespräche offenbaren, dass nicht erfüllte Erwartungen von xenophoben und ethnozentrischen Ansichten begleitet werden. Insgesamt wird im Argumentationsmuster „Gegensatz“ Offenheit gegenüber politisch rechten Positionen deutlich, auch hinsichtlich der AfD zeigen die Bürgermeister:innen Verständnis:

1: [...] ich kenn ja auch Leute, ne, die AfD Wähler sind, [...] ist ja nicht mal so dass man sagt ähm das sind jetzt Leute die sind (...) dumm wie fünf Meter Feldweg, ne, ganz so ist es jetzt ja nun nicht, ne da gibts auch intelligente Leute davon, das sind einfach Leute ähm die im normalen (...) oder ja im Normalfall nie eine AfD wählen würden, das sind einfach nur Protestwähler [...] (BM1, Pos. 72)

Die Bürgermeister:innen können die Entscheidung zur Wahl der AfD persönlich nachvollziehen und verstehen: Die Wahl der AfD wird als legitime Möglichkeit angesehen, Protest gegen wahrgenommene politische Defizite und fehlerhafte gesellschaftliche Entwicklungen zum Ausdruck zu bringen. BM1 betont, in der Kommune persönlich Wähler:innen der AfD zu kennen. Diese sind „einfach nur Protestwähler“ und werden weder als dumm noch als politisch rechts(extrem) angesehen. Vielmehr kann sehr gut nachvollzogen werden, warum diese Bürger:innen nach bewusster und überlegter Entscheidung die AfD gewählt haben. Auffällig ist dabei, wie BM1 den „Normalfall“ intuitiv und spontan als Gegensatz zur aktuellen politisch-gesellschaftlichen Situation darstellt. Damit wird die Wahrnehmung unterstrichen, dass die politischen Verantwortungsträger:innen nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung handeln, insbesondere nicht im Sinne der Bevölkerung kleiner und ländlicher Gemeinden. Aus der argumentativen Position „Gegensatz“ heraus herrscht somit, in Verbindung von persönlicher Frustration mit autoritären Ordnungsvorstellungen

und ethnozentrischen Einstellungsmustern, individuell Verständnis für die Wähler:innen der AfD.

8.2 Verantwortung

Die Bürgermeister:innen 5, 13, 17 und 18 argumentieren nach dem Muster „Verantwortung“. Bei ihnen verbindet sich das erfüllte, managende Rollenverständnis mit einer fachlichen Positionierung als Bürgermeister:in. Das bedeutet, dass der eigene sachpolitische Erfolg in der Tätigkeit als Bürgermeister:in als gelungene Verantwortungsübernahme hervorgehoben wird:

17: [...] im Freistaat [...] ist anders, weil die haben Tag und Nacht an der Pandemie gearbeitet dann, das war für uns Bürgermeister jetzt nicht das Thema, wir haben zwar für unsere Stadt den Pandemieplan umgesetzt der von oben uns vorgegeben worden ist, ganz klar, mussten wir ja auch, und haben auch versucht unsere Zahlen und alles so gering wie möglich zu halten (...) hat auch funktioniert [...] (BM17, Pos. 2)

Verantwortungsübernahme zeigt sich vor allem in Kontext der Corona-Pandemie: BM17 betont, die Herausforderungen im eigenen Verantwortungsbereich der Kommune sehr gut bewältigen zu können bzw. bewältigt zu haben. Die Tätigkeit als Bürgermeister:in kann den Erwartungen entsprechend ausgeübt werden. In der Funktion als Pandemie-Manager:in wird sachorientiert geschildert, dass die Infektionszahlen sehr niedrig gehalten werden konnten. Dabei wird deutlich, dass sich die spezifische Tätigkeit als Bürgermeister:in („uns Bürgermeister“) grundsätzlich von den Aufgaben der Landespolitiker:innen unterscheidet („im Freistaat“). BM17 erörtert aus fachlicher Perspektive den strukturellen Kontrast zwischen Bürgermeister:innen („uns“) und den Verantwortungsträger:innen („die“) auf den übergeordneten politischen Ebenen („von oben“). Diese Unterscheidung ist von Empathie und Respekt geprägt, beispielsweise wird honoriert, dass während der Pandemie sehr intensiv gearbeitet und nach Lösungen gesucht wurde. Im Vergleich zu den übergeordneten Verantwortungsträger:innen besteht die sachpolitische Funktion als Bürgermeister:in vor allem darin, vorgegebene Maßnahmen und Vorschriften im eigenen Verantwortungsbereich umzusetzen. Der eigene Aufgabenbereich wird gemäß der Position in der Macht- und Verwaltungshierarchie definiert und akzeptiert. Bezogen auf die Stellung der Kommune im politischen System wird deutlich, dass die Bürgermeister:innen die unterste Ebene als Vorteil ansehen:

17: [...] bin ich sehr sehr stolz darauf, dass das bei uns so gut funktioniert, also ich denke mal, dass das in kleinen Ortschaften besser funktioniert wie in einer großen Stadt [...] (BM17, Pos. 18)

In der Funktion als Bürgermeister:in zeigt sich BM17 erleichtert und stolz darüber, dass die Umsetzung konkreter Beschlüsse während der Corona-Pandemie „bei uns“ in der kleinen Kommune bisher sehr gut funktioniert hat. Im Gespräch wird ein struktureller Unterschied zwischen „kleinen Ortschaften“ und der nicht näher definierten „großen Stadt“ aufgezeigt. Sachlich und funktional gesehen unterscheidet sich der eigene, sachpolitisch verstandene Verantwortungsbereich in einer kleinen Kommune von dem in größeren Städten und in den übergeordneten politischen Ebenen. Die Gesprächspartner:innen sind dabei der Ansicht, dass die übergeordneten Ebenen von den Erfahrungen aus der kommunalen Praxis profitieren können:

18: [...] wenn man was Kritisches bemerken darf, [...] dass die, die dann die Regelungen festgezurrut haben, zumindest aus meiner Sicht, vielleicht nicht unbedingt ähm genügend Kontakt zur Basis hatten [...] (BM18, Pos. 20)

Auf der untersten Ebene der Macht- und Verwaltungshierarchie sehen die Bürgermeister:innen bei sich und den Kommunalverwaltungen kleiner Städte und Gemeinden großes Potenzial, Probleme zu kommunizieren, ausreichend Kontakt zu den Bürger:innen herzustellen und so zur Stärkung des Staatsapparates beizutragen. Sachliche Kritik, die auf kommunalen Praxiserfahrungen an der „Basis“ beruht, wird als wichtiger Impuls und für ein verbessertes Steuerungshandeln des gesamten Mehrebenensystems vorgetragen. So wurden im Kontext der Corona-Pandemie Entscheidungen getroffen, die aus kommunaler Perspektive problematisch waren oder mit den Lebensrealitäten vor Ort kollidierten. Die behutsame Hinführung von BM18, etwas „Kritisches bemerken“ zu dürfen („darf“), verdeutlicht den Anspruch, Kritik am Pandemie-Management der Landes- und Bundespolitik sehr sachlich und konstruktiv vorzutragen. Die Übernahme von sachpolitischer Verantwortung und die Vorbildfunktion der kleinen Kommune wird besonders im Kontext der Corona-Pandemie deutlich, zeigt sich allerdings auch im Hinblick auf den Umgang und die Bewältigung von strukturellen Problemen der ländlichen Region:

18: [...] insofern ähm sind wir von der Infrastruktur her sehr gut aufgestellt, ohne uns jetzt zu sehr loben zu wollen [...] (BM18, Pos. 4)

13: [...] wir haben auch relativ stabile Einwohnerzahlen, also blicken wir jetzt mal auf die Entwicklung im ländlichen Raum, dass man da recht deutliche Verluste teilweise auch verzeichnen muss, also bei uns hat sich es jetzt stabilisiert [...] (BM13, Pos. 27)

Nach Ansicht der Bürgermeister:innen kann die eigene Gemeinde selbst unter den schwierigen strukturellen Bedingungen erfolgreich gemanagt werden. Daher können andere Kommunen vom eigenen, erfolgreichen Handeln lernen und profitieren. Der eigene Erfolg wird durch Indikatoren wie gute „Infrastruktur“ und stabile „Einwohnerzahlen“ belegt und im relativen Vergleich zu anderen Kommunen in der ländlichen, strukturschwachen Region präsentiert. Hervorgehoben wird dabei die eigene sachpolitische Verantwortungsübernahme, mit der es gelingt, entgegen regionalen Entwicklungstendenzen erfolgreich zu sein. Unterstrichen wird, dass Entscheidungen in den kommunalpolitischen Gremien zu erfolgreicher Sachpolitik vor Ort führen, weshalb die eigenen Gemeinden als Vorbilder für andere angesehen werden. Dabei wird von den Bürgermeister:innen im Muster „Verantwortung“ grundsätzlich die Sachlichkeit politischer Debatten und der Respekt gegenüber allen politischen Verantwortungsträger:innen eingefordert. Entsprechend wird die AfD zurückgewiesen, da sich die Partei mit falschen Behauptungen gezielt unsachlich verhält und Gefühle wie Wut und Frustration bespielt:

13: [...] es fühlt sich manchmal so an wie wenn das (...) aus Boshaftigkeit so gemacht wird um die Menschen zu gängeln, ne das ist ja so das was man da unterstellt, aber das ist ja völlig falsch [...] (BM13, Pos. 47)

BM13 beklagt, dass die meisten Beiträge der AfD von sachlich falschen Behauptungen („völlig falsch“) über Fakten sowie gegenüber führenden Politiker:innen geprägt sind. Beispielsweise, wenn im Kontext der Corona-Pandemie Vertreter:innen der AfD den politischen Verantwortungsträger:innen in Bund und Ländern „Boshaftigkeit“ und Desinteresse gegenüber den Bürger:innen unterstellen („was man da unterstellt“). Aus der Perspektive „Verantwortung“ ist es sehr problematisch, durch gezielte Falschbehauptungen destruktive Gefühle und negative Emotionen zu bestärken und voranzutreiben. Dadurch wird der Respekt gegenüber politischen Verantwortungsträger:innen untergraben und unsachliche Debattenbeiträge normalisiert. Entsprechend wird die Versachlichung von Debatten und die individuelle Verantwortungsübernahme gefordert – lokalpolitisch vor Ort und allgemein in politischen Diskussionen:

18: [...] ich sage es mal salopp, das ist alles Mist, was so gemacht wird, und es sind immer andere Schuld, und die in Berlin, und die in LANDESHAUPTSTADT, und da wird die Schuld immer gerne abgewälzt, ehe mal vielleicht auch das Gehirn einschaltet und sagt Mensch, was kann ich denn selbst dafür tun [...] (BM18, Pos. 10)

BM18 blickt mit großem Unverständnis auf die Art und Weise, wie die pauschale und vereinfachende Rhetorik der AfD verfängt und die Verantwortungsträger:innen auf Landes- und Bundesebene diskreditiert werden. Die unsachliche Polemik wird dafür verantwortlich gemacht, dass Schuldverschiebungen und Opferrollen („Schuld immer gerne abgewälzt“), mangelnde Verantwortungsübernahme („immer andere Schuld“), Denkfaulheit („Gehirn einschaltet“) und fehlende Eigeninitiative („was kann ich denn selbst dafür tun“) diskursiv normalisiert und (partei-)politisch beheimatet werden. Die Bürgermeister:innen stellen sich aus sachpolitischer Verantwortung gegen die AfD, die bewusst aus der Frustration der Menschen politisches Kapital schlägt und gezielt pauschale Unzufriedenheit bestärkt. Der AfD wird vor allem vorgeworfen, sich unsachlich, respekt- und verantwortungslos zu verhalten: Da grundsätzlich alles schlechtgeredet und keine Verantwortung übernommen wird, können weder die Partei noch ihre Wähler:innen in eine sachpolitische Diskussion eintreten.

Dieser sachliche Umgang lässt jedoch ein gewisses Möglichkeitsfenster für eine Verständigung offen: Wenn sich lokale AfD-Vertreter:innen, besonders bei kommunalpolitischen Entscheidungen, weitestgehend sachlich und zudem respektvoll verhalten, steht einer Zusammenarbeit wenig im Weg. Basierend auf einem instrumentellen Politikverständnis ist im Muster „Verantwortung“ auf sachlicher Ebene prinzipiell eine Verständigung und eine Zusammenarbeit mit der AfD möglich, beispielsweise um bei Abstimmungen die nötigen Mehrheiten zu erzielen. Normative Wertvorstellungen bilden im Muster „Verantwortung“, wo sehr sachpolitisch argumentiert wird, kein Ausschlusskriterium.

8.3 Resignation

Die Argumentation der Bürgermeister:innen 3, 6 und 14 ist vom Muster „Resignation“ geprägt. In diesen Gesprächen verbinden sich nicht-erfüllte Erwartungen an ein kümmerndes Rollenverständnis mit einer persönlichen Positionierung als Bürger:in. Erwartungen können nicht erfüllt werden, was sich in umfassender Resignation bemerkbar macht. So wird etwa

apathisch zur Kenntnis genommen, dass die kommunalpolitische Entscheidungsfähigkeit durch Bürokratie und Verwaltungsvorschriften massiv eingeschränkt ist:

3: [...] da sagt das Baugesetzbuch, Außenbereich geht nicht, so, und da sagt jede Behörde, schau in das Gesetzbuch rein, was willst du (...) und damit gewinnen wir aber keine jungen Leute für das Dorf (...) wir haben eben sehr viele Naturschutzgebiete [...] und wenig (...) Baumöglichkeiten [...] (BM3, Pos. 101)

BM3 konstatiert, dass die Kommune aufgrund der bundesrechtlichen Bestimmungen über wenige Gebiete verfügt, die bebaut werden dürfen. Resigniert wird konstatiert, dass kommunalpolitische Entscheidungen über Bauanträge irrelevant sind („was willst du“), da ohnehin die übergeordnete Gesetzgebung gilt und die entsprechenden Aufsichtsbehörden das letzte Wort haben. Angesichts von Reglementierungen zum Außenbereich und mehrerer Naturschutzgebiete werden kommunalpolitisch kaum Handlungsmöglichkeiten gesehen, junge Menschen für den Zuzug in die Gemeinde zu gewinnen, etwa durch die Ausweisung eines Neubaugebiets. Die Kritik wird von BM3 sehr persönlich geschildert („du“), nach einem intuitiven Gerechtigkeitsempfinden sorgen rechtliche Bestimmungen und die Entscheidungen übergeordneter Behörden für große Einschränkungen. In Bezug auf die Stellung der kleinen Kommune im politischen System wird beklagt, dass vom Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung nicht viel übrigbleibt:

14: [...] was da für Milliarden verbrannt werden, auf diesen Ebenen der Verwaltungshierarchie, ich reiche in Brüssel jetzt mal drei Milliarden für / für den ländlichen Raum aus, ehe hier unten bei uns etwas ankommt [...] (BM14, Pos. 80)

BM14 stellt anhand einer verfehlten Förderpolitik exemplarisch dar, dass die Probleme und Belange der kleinen Kommune im politischen Mehrebenensystem kaum von Bedeutung sind. Die eigene kleine Gemeinde im ländlichen Raum wird auf der untersten Ebene („hier unten bei uns“) einer langen Verwaltungshierarchie eingeordnet, die bis hinauf zur abstrakten Europäischen Union reicht („Brüssel“). Beklagt wird, dass die Arbeits- und Wirkweise übergeordneter politischer Ebenen die Selbstständigkeit der Kommune einschränkt und untergräbt. Anstatt die Kommunen eigenständig über ausreichend finanzielle Mittel verfügen zu lassen, gehen durch den übermäßig hohen Verwaltungsaufwand und die verschie-

denen Akteur:innen im Mehrebenensystem dringend benötigte Finanzmittel verloren („Milliarden verbrannt“). Die Bürgermeister:innen sehen die kommunale Eigenständigkeit stark eingeschränkt und nehmen resigniert zur Kenntnis, durch eine „ausufernde Bürokratie“ (BM6, Pos. 139) und ein Übermaß an Verwaltungsvorschriften bestimmt zu sein:

14: [...] diese Bürokratie erstickt diese Gesellschaftsordnung, die Bürokratie die würgt diese Demokratie ab [...] (BM14, Pos. 2)

3: [...] man muss ganz einfach die Demokratie akzeptieren [...] (BM3, Pos. 9)

Das Hauptproblem wird von den Gesprächspartner:innen in den Vorschriften und der „Bürokratie“ gesehen, die verallgemeinernd als sehr große Bedrohung für die „Gesellschaftsordnung“ aufgefasst wird. Durch übermäßige Vorschriften wird nicht nur die Entscheidungsfähigkeit der kommunalpolitischen Gremien konterkariert, sondern metaphorisch die demokratische Gesellschaftsordnung „erstickt“ und abgewürgt („würgt [...] ab“). BM3 führt an, dass „die Demokratie“ in der gegenwärtigen Ausprägung nicht die Mitbestimmung fördert, sondern apathisch akzeptiert werden muss. Es wird keine Möglichkeit gesehen, Einfluss zu nehmen oder Veränderungen zu gestalten, stattdessen müssen die gegebenen Umstände hingenommen werden.

Der spezifische Kontext der Corona-Pandemie wird von den Bürgermeister:innen im Argumentationsmuster „Resignation“ kaum thematisiert und bildet in den Gesprächen nur ein Randthema. Die Herausforderungen der Pandemie werden von einer allgemein empfundenen Handlungsunfähigkeit und grundsätzlichen Problemen der kommunalen Eigenständigkeit überlagert. Aus dieser Perspektive stellt die Pandemie eines von vielen Phänomenen dar, welche die Kommune und die Tätigkeit vor Ort fremdbestimmen. Deutlich wird, dass das resignierte Argumentationsmuster mit einer umfassenden persönlichen Erschöpfung der Gesprächspartner:innen einhergeht:

3: [...] man nimmt auch viel de / viele Dinge ähm mit nach Hause, wacht in der Nacht auf, [...] ja es verfolgt einen dann, das kann man nicht einfach sagen jetzt sch / schließe ich ab, jetzt will ich das alles vergessen, also das funktioniert nicht in / in all / zumindestens bei mir nicht [...] (BM3, Pos. 91)

Mit großer Offenheit wird von persönlicher Erschöpfung und einer hohen psychischen Belastung durch die Tätigkeit als Bürgermeister:in berichtet

(„nimmt viele Dinge [...] mit nach Hause“; „wacht in der Nacht auf“). BM3 bekennt sehr persönlich, die Tätigkeit als Bürgermeister:in nach Dienstschluss eigentlich „vergessen“ zu wollen, sich vom Arbeitsalltag jedoch „verfolgt“ zu fühlen. Im Gespräch wird der persönliche Wunsch nach Ruhe und Abstand geäußert, allerdings fällt BM3 nach eigener Aussage das Abschalten sehr schwer bzw. ist gar nicht möglich. Im Muster „Resignation“ sprechen die Bürgermeister:innen 3, 6 und 14 eigenständig und spontan gesundheitliche Probleme an, zudem wird vom geplanten Rückzug aus dem Amt berichtet:

3: [...] da höre ich da jetzt dann auf (ganz leise) (...) da muss ich nur noch schauen, dass man bis dahin gesund bleibt [...] (BM3, Pos. 113)

6: [...] ich meine, das / das laugt schon auf / es laugt schon aus [...] (BM6, Pos. 120)

14: [...] dann hast du schon manchmal die Meinung (...) warum sitze ich überhaupt noch hier (...) warum tue ich mir das noch an (...) ne (...) (BM14, Pos. 26)

Offenkundig sehen die Bürgermeister:innen die eigene Gesundheit in Gefahr. BM3 möchte gesund bleiben („gesund bleibt“) und BM6 fühlt sich ausgelaugt („laugt schon aus“). Von BM14 wird die eigene Tätigkeit als Bürgermeister:in als persönliche Belastung wahrgenommen, die wenig Freude bereitet („warum tue ich mir das noch an“). Die Gesprächspartner:innen artikulieren konkrete Überlegungen, aus dem Amt als Bürgermeister:in auszuschcheiden: BM3 sehnt das Ende der aktuellen Amtsperiode herbei („da höre ich da jetzt dann auf“), hofft bis dahin gesund zu bleiben und schließt eine weitere Amtsperiode aus. Auch BM14 gibt an, „schon manchmal“ die Ausübung des Amtes in Frage gestellt zu haben und die eigene Arbeit als Zumutung zu empfinden („warum sitze ich überhaupt noch hier“). Die Gesprächspartner:innen haben nach eigener Einschätzung kein Mittel und keine Strategie, sich gegen diese Umstände zur Wehr zu setzen.

Die Gespräche zeigen dabei, dass die persönliche Belastung im Zusammenhang mit der eingeschränkten Rollenerfüllung als kümmernder/kümmernde Bürgermeister:in steht. Die Anspruchshaltung, sich möglichst um alle kleinteiligen Probleme vor Ort kümmern zu wollen, führt in Kombination mit der eingeschränkten Handlungsfähigkeit zu persönlicher Hoffnungs- und Mutlosigkeit. Das Argumentationsmuster „Resignation“ ist von einer apathischen Haltung hinterlegt die auch im Umgang mit der AfD deutlich wird:

14: seitdem die extremen Parteien dabei sind, ist schon schlimm [...] (BM14, Pos. 44)

14: [...] denen gehts ja eigentlich nur noch, wie kann ich den klein machen, wie kann ich ähm den / den / das Wort im Mund umdrehen, wie kann ich ähm ihn irgendwo angreifen, was hat er jetzt wieder für einen Satz erzählt, da zeige ich ihn doch gleich einmal in der Kommunalaufsicht an (...) [...] das / das lernen die schnell, wie man auf dieser Ebene dann auch nur mal Stimmung macht [...] (BM14, Pos. 48)

BM14 beklagt, dass sich die Stimmung im Gemeinderat der Kommune durch den Einzug von Kandidat:innen der AfD, die als (rechts-)extreme Partei eingeordnet wird („extremen Parteien“), grundlegend verschlechtert hat. Es wird als besonders „schlimm“ angesehen, dass Kompromisse im Gemeinderat sowie die Konsenskultur der Kommune durch die AfD aktiv untergraben werden. Nach Ansicht von BM14 ist es auch auf kommunaler Ebene das hauptsächliche Ziel der AfD, politische Gegner:innen anzugreifen, zu diskreditieren, kleinzumachen und Tatsachen zu verdrehen. Nach Einschätzung von BM14 ist die AfD ausschließlich („nur“) an Streit und Konfrontation interessiert. Entgegen den Erwartungen an einen ausgleichenden, konsensualen Politikstil sowie an ein vertrauensvolles Miteinander in der Kommune wird der AfD vorgeworfen, prinzipiell dagegen zu sein und zentrale Werte des Dorfgemeinschaftslebens zu untergraben. Konkret berichtet BM14 davon, wegen einer bestimmten Äußerung bei der Kommunalaufsicht angezeigt worden zu sein. Resigniert wird festgestellt, dass Vertreter:innen der AfD auch in den Kommunen sehr schnell lernen, mit welchen Manövern sich schlechte Stimmung erzeugen lässt und mit welchen Instrumenten politische Verantwortungsträger:innen angegriffen werden können.

Die Gespräche machen deutlich, dass den Bürgermeister:innen im Muster „Resignation“ die mentale Stärke fehlt, sich aktiv gegen die persönlichen Angriffe zu wehren. Auch BM14 reagiert auf die persönlichen Angriffe, die falschen Anschuldigungen und die Anzeige bei der Kommunalaufsicht mit Passivität und Rückzug. Im Muster „Resignation“ distanzieren sich die Bürgermeister:innen zwar von der AfD, die als extreme politische Partei klassifiziert wird („extremen Parteien“). Dennoch werden die Agitationen apathisch zur Kenntnis genommen: Aufgrund persönlicher Erschöpfung wird das verstärkte Auftreten der Rechtspopulisten resigniert und passiv hingenommen, offenbar bestehen weder Mittel noch Strategien, sich angemessen zur Wehr zu setzen.

8.4 Eigenständigkeit

Die Bürgermeister:innen 2, 8, 12 und 19 argumentieren nach dem Muster „Eigenständigkeit“. Hier verbindet sich das erfüllte kümmernde Rollenverständnis mit einer fachlichen Positionierung als Bürgermeister:in. Im Zentrum der Darstellungen steht die lokale Eigenständigkeit, was in Bezug auf die Tätigkeit als Bürgermeister:in deutlich wird:

2: [...] ich sehe mich ja auch nach wie vor nicht als Politiker ne, auch wenn ich mittlerweile sicherlich Kommunalpolitiker bin, so / so / so sagt man wohl dazu (lacht) aber ähm das ist für mich ähm also das ist für mich immer noch (...) immer / immer noch ein bisschen abstrakt [...]
(BM2, Pos. 70)

BM2 lehnt in der Tätigkeit als Bürgermeister:in die Bezeichnung „Politiker“ ab, weil sie als zu „abstrakt“ für die eigene Arbeit in der Kommune angesehen wird. Die Abgrenzung erfolgt jedoch sehr fachlich: BM2 setzt sich mit verschiedenen Begriffen auseinander, um eine eigenständige Bezeichnung für die kommunalpolitische Tätigkeit im Amt als Bürgermeister:in zu finden. Humorvoll wird der eigenständige Charakter der Tätigkeit als Bürgermeister:in unterstrichen, die vor allem durch alltägliches Kümern und Sorgen geprägt ist. Den Bürger:innen soll möglichst auf Augenhöhe begegnet werden, damit unterscheidet sich die lokale Tätigkeit von den übergeordneten Ebenen:

12: [...] da sind Landespolitiker und Bundespolitiker insbesondere ganz weit weg, [...] und bei uns ist es (...) manchmal so direkt, dass es unmittelbar nach der Sitzung ähm schon am nächsten Tag die Reaktionen gibt [...]
(BM12, Pos. 4)

Nach Schilderung von BM12 findet die eigene Tätigkeit in direktem und unmittelbarem Austausch mit den Bürger:innen statt, die eigenen Ansprüche können durch lokale Herangehensweisen und Problemlösungen erfüllt werden. Aus Sicht von BM12 sind die übergeordneten Politiker:innen von Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht oder kaum betroffen, während die eigene Tätigkeit vor Ort sofort „Reaktionen“ der Bürger:innen hervorruft. Die Gesprächspartner:innen sehen sich in ihrer Funktion als kommunale Akteur:innen gegenüber den Bürger:innen direkt und unmittelbar rechenschaftspflichtig. Die Sphäre der kommunalen Politik wird dabei als eigenständig und losgelöst von der Landes- und Bundespolitik präsentiert: Während in Land und Bund eine große Distanz zwischen Bürger:innen

und Politiker:innen herrscht, sind kommunalpolitische Entscheidungen direkt greifbar.

Im Kontext der Corona-Pandemie ist es aus Sicht der Bürgermeister:innen nötig und möglich, sich sehr intensiv um die Sorgen und Nöte der Bürger:innen zu kümmern. Anders als in der Landes- und Bundespolitik kann im lokalen Rahmen eigenständig und sehr individuell auf spezifische Herausforderungen reagiert werden. Doch auch über die aktuellen Herausforderungen der Pandemie hinaus wird die Selbstständigkeit der Kommune betont. Sichtbar wird die Überzeugung, dass vor Ort der Stadt- bzw. Gemeinderat eigenständige Lösungen für globale Themen entwickeln kann:

19: [...] haben da dieses Klimaschutzkonzept gemacht, und das eine oder andere daraus haben wir dann auch umgesetzt (...) [...] da waren wir ein bisschen (...) ja, vielleicht ein bisschen schneller wie die anderen, ne (...) auch auf dem Dorf ne (lacht) (BM19, Pos. 68)

BM19 erzählt davon, dass vor Ort ein eigenständiges „Klimaschutzkonzept“ erstellt wurde und einige konkrete Ideen daraus umgesetzt werden konnten. Die Relevanz des Themas Umwelt- und Naturschutz wurde in der Kommune frühzeitig erkannt und eigenverantwortlich bearbeitet. Nach Wahrnehmung der Bürgermeister:innen ist es kommunalpolitisch möglich, vor Ort selbstständige Beiträge zu leisten. Hier können konsensuale Lösungen erarbeitet werden, etwa durch „Freiflächen-Photovoltaik“ (BM12, Pos. 2) oder indem die Bürger:innen durch „Nachrangdarlehen“ (BM19, Pos. 62) am Bau von Windkraftanlagen beteiligt werden.

Die Gesprächspartner:innen im Muster „Eigenständigkeit“ unterstreichen, dass auch für globale Zukunftsthemen vor Ort lokale Lösungsansätze entwickelt werden können. BM19 spricht der eigenen Kommune daher eine regionale und bundesweite Vorreiterrolle zu („vielleicht ein bisschen schneller wie die anderen“). In Kontrast zur Bundespolitik und zu größeren Städten wird humorvoll betont, dass es „auch auf dem Dorf“ möglich ist, ein globales Thema frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten. Weiter können die regionalen Strukturprobleme durch lokale Lösungen bearbeitet werden, etwa durch ein gemeinsames Projekt zum „Thema sanfter Tourismus“ (BM2, Pos. 2) oder die eigenständige Etablierung von Nahversorgern in der Kommune („wir sind auch hier autark“; BM8, Pos. 24). Entsprechend wird mit Blick auf die Stellung kleiner Kommunen im politischen System das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung hervorgehoben:

2: [...] wenn man den Kommunen [...] einfach irgendwo ein / ein / ein gewissen / gewisse Mittel zur Verfügung stellt und die / die auch unter

Eigenverantwortung belässt, [...] da traut man den Kommunen oftmals noch (...) viel / vielleicht ein / ein bisschen zu wenig zu [...] (BM2, Pos. 14)

BM2 plädiert aus fachlicher Position dafür, die „Eigenverantwortung“ der Kommunen zu sichern und zu schützen. Dazu sind vor allem die finanziellen Grundlagen zu schaffen, etwa indem die Gemeinden voraussetzungslos und eigenständig über finanzielle Ressourcen verfügen können. Aus funktionaler Perspektive als Bürgermeister:in wird betont, dass diese Mittel unter lokaler Eigenständigkeit gezielt genutzt werden können. Deutlich wird dabei auch, dass die gegenwärtige finanzielle Situation der Kommunen als mangelndes Vertrauen in die Selbstverwaltungsfähigkeit der Kommunen aufgefasst wird, denn oftmals, so BM12, herrscht „Misstrauen“ (Pos. 48). Kritisiert und in die Pflicht genommen werden somit die übergeordneten Ebenen der Länder und des Bundes: Diese müssen aus Sicht der Bürgermeister:innen mehr Vertrauen in die lokale Eigenständigkeit aufbringen und diese auch finanziell absichern.

Die Kritik wird dabei aus fachlicher Perspektive als Bürgermeister:in möglichst differenziert und konstruktiv vorgetragen, um Rechtmäßigkeit und Zweckdienlichkeit einer gestärkten kommunalen Eigenverantwortung hervorzuheben. Der sachliche Charakter der Kritik wird im Gespräch mit BM2 durch das häufige Absetzen der Rede, die Suche nach Worten und zahlreiche Relativierungen („vielleicht“; „ein bisschen“) auch sprachlich erkennbar. Während die Kritik an den übergeordneten politischen Ebenen sehr sorgsam formuliert wird, positionieren sich die Bürgermeister:innen im Muster „Eigenständigkeit“ mit sehr klarer Sprache gegenüber der AfD:

8: [...] wo ich ein Problem habe ist mit der AfD, weil sie einfach sagt, das ist dieses Aus für Deutschland, das ist / da haben sie einfach zu viel Toleranz gegenüber auch absolut rechten Socken die sie in ihren eigenen Reihen haben, und das ist nicht mein Ding, also da muss ich sagen, da / da / da ist mein Verständnis vom / vom Umgang mit Menschen und das ist / da sind wir Lichtjahre voneinander entfernt [...] (BM8, Pos. 36)

Im Argumentationsmuster „Eigenständigkeit“ sind die kümmernden Bürgermeister:innen sehr um einen konsensualen Umgang bemüht, aus ihrer Sicht können lokale Probleme nur durch gemeinsames Handeln bewältigt werden. Der AfD wird daher vorgeworfen, zentrale Wertvorstellungen sowie ein konsensuales und ausgleichendes Miteinander systematisch zu untergraben. BM8 betont, mit der AfD explizit „ein Problem“ zu haben und insbesondere beim zwischenmenschlichen Umgang „Lichtjahre von-

einander entfernt“ zu sein. Zudem werden die rechtsextremen Umtriebe innerhalb der AfD erkannt, als solche benannt und normativ verurteilt („absolut rechten Socken“). Mit Nachdruck distanziert sich BM8 entschieden von den Positionen der AfD, die in klarem Widerspruch zu den eigenen politischen Überzeugungen und Grundwerten stehen. Weiter wird der populistische Politikstil zurückgewiesen, mit dem Wähler:innen durch plumpe Behauptungen auf der Gefühlsebene angesprochen werden. Durch die populistische Rhetorik werden komplexe Zusammenhänge vereinfacht und mit pauschalen Parolen wird schlechte Stimmung verbreitet („Aus für Deutschland“).

In der Konsequenz zeigen die Gespräche, dass die Bürgermeister:innen nach dem Argumentationsmuster „Eigenständigkeit“ die normative Überzeugung und die mentale Stärke haben, sich aktiv für ein gemeinschaftliches Miteinander einzusetzen und die AfD klar zurückzuweisen. Entgegen den politisch rechten Positionen und der populistischen Rhetorik dienen die Erfahrungen aus den eigenen Kommunen als positive Gegenbeispiele: Die Bürgermeister:innen sind überzeugt, dass ein ausgleichender und konsensueller Umgang miteinander möglich ist und zu lokal eigenständigen Lösungen führt, auch bei globalen Problemen und zukünftigen Phänomenen.

8.5 Teilhabe

Die Bürgermeister:innen 4, 10, 15 und 16 argumentieren nach dem Muster „Teilhabe“. Die Gesprächspartner:innen verbinden erfüllte Erwartungen an ein ermöglichendes Rollenverständnis mit einer objektiven Positionierung als Expert:in. Die Gespräche sind von der objektiv präsentierten Ansicht getragen, dass die direkt- und basisdemokratische Teilhabe der Bürger:innen gestärkt werden soll und kann. Dieser Argumentation folgend wird besonders das partizipative Potenzial der kommunalen Politik hervorgehoben:

4: [...] weil ich überzeugt davon bin dass (...) wenn es um Demokratie und die Zukunft dieses Landes geht, reden wir von Kommune, und nicht vom Landtag oder vom Bundestag (...) alles wichtig, aber das zentrale (...) Veränderungspotential was wir zünden müssen liegt hier [...] (BM4, Pos. 34)

BM4 sieht in der Sphäre kommunaler Politik die Besonderheit, dass hier die Bürger:innen an der Politik teilhaben können. Durch ihre Beteiligung

wird nicht nur die Kommunalpolitik vor Ort belebt, sondern es werden auch partizipative und innovative Impulse für die demokratische Zukunft des gesamten Landes gesendet. Objektiv gesehen ist es kommunalpolitisch besonders gut möglich, die Bürger:innen teilhaben zu lassen und so Demokratie erfahr- und erlebbar zu machen. Aus der Perspektive als Expert:in sieht BM4 in der direkten und alltagsnahen Teilhabe an der Kommunalpolitik das zentrale und entscheidende „Veränderungspotential“, das gemeinsam aktiviert werden muss. Anhand entsprechender Partizipationsmöglichkeiten können sich die Bürger:innen als gleichberechtigte Akteur:innen („dass sie ernst genommen werden“; BM16, Pos. 14) und gleichwertige Gesprächspartner:innen („dass ihre Meinung auch wichtig ist“; BM16, Pos. 14) politisch wahrnehmen.

Vor Ort gelingt es den Bürgermeister:innen durch verschiedene Angebote wie „Bürgerworkshops“ (BM16, Pos. 14) das „Engagement aus der Bürgerschaft“ (BM10, Pos. 18) zu wecken und kommunalpolitisch zur Geltung kommen zu lassen. Durch die direkte und basisdemokratische Einbindung der Bürger:innen unterscheiden sich kommunalpolitische Entscheidungsprozesse prinzipiell von denen der Landes- und Bundespolitik. Objektiv wird erörtert, dass die Kommunen eine stabilisierende Wirkung für das gesamte politische System entfalten können, da die lokale Ebene einen einzigartigen Erfahrungsraum für politische Teilhabe bildet:

16: [...] auf kommunaler Ebene kann man so viel gestalten, [...] man hat den direkten Draht zu den Bürgern, man kann wirklich Probleme lösen, unkompliziert, das kann ich in anderen Ebenen nicht (...) (BM16, Pos. 84)

Nach Wahrnehmung von BM16 bieten kleine Städte und Gemeinden einen einzigartigen Möglichkeitsrahmen, denn hier kann viel gestaltet, bewegt und verändert werden. Bezogen auf die Stellung im politischen System bestehen auf kommunaler Ebene Chancen, die auf den übergeordneten Ebenen so nicht vorhanden sind. Unterschiede zwischen den Ebenen des politischen Systems werden möglichst objektiv eingeordnet, um anschließend die Besonderheiten der Kommunen hervorzuheben. Vorteile werden im direkten Austausch mit den Bürger:innen („direkten Draht“) gesehen sowie darin, dass es vor Ort möglich ist, unkompliziert, pragmatisch und praxisnah Probleme zu lösen. In Abgrenzung zu den übergeordneten politischen Ebenen bietet die kommunale Ebene besondere Möglichkeiten, die sich auf die eigene Tätigkeit als Bürgermeister:in auswirken:

16: [...] es gibt ja unterschiedliche Arten von Politikern, und ich bin glaube ich eher so der Kommunalpolitikertyp, [...] es gibt welche, die gehen wahrscheinlich als Abgeordneter total in ihrem ähm in dem Metier auf, und die Besprechung dort, und dort, und Zeug, und, aber das / ich will lieber was schaffen und was machen und / das man dann auch sieht (BM16, Pos. 128)

Objektiv wird aufgeschlüsselt, dass es unter politischen Verantwortungsträger:innen unterschiedliche persönliche Präferenzen und unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte gibt („unterschiedliche Arten von Politikern“). Unterschiede zwischen den politischen Verantwortungsträger:innen auf den verschiedenen Ebenen und die eigene Rolle als Bürgermeister:in werden möglichst differenziert dargestellt. In der eigenen Tätigkeit definiert sich BM16 selbst als „Kommunalpolitikertyp“ und grenzt sich damit von den Akteur:innen der übergeordneten politischen Ebenen ab, etwa den Abgeordneten in Land- und Bundestag.

Erkennbar wird dabei auch ein charakteristischer Kontrast zum Titel Bürgermeister:in: Während in den Argumentationsmustern „Verantwortung“ und „Eigenständigkeit“ die eigene Tätigkeit spezifisch auf das Amt und die Funktion als „Bürgermeister“ (BM5, Pos. 2; BM12, Pos. 4) bezogen wird, fokussieren sich die Gesprächspartner:innen im Argumentationsmuster „Teilhabe“ vor allem auf die konkreten Möglichkeiten zur Inklusion der Bürger:innen. Sie hangeln sich nicht an der Tätigkeitsbezeichnung Bürgermeister:in entlang, sondern erörtern möglichst objektiv und auffallend distanziert die eigenen Arbeitsschwerpunkte:

15: [...] man muss die Situation so nehmen wie sie ist und dann damit umgehen, und (...) die Leute, die man hat, die sind halt einfach da, ob man die jetzt persönlich mag oder ob man mit denen gerne zusammenarbeiten will, ähm d / das hilft alles nicht [...] (BM15, Pos. 66)

Nach Auffassung von BM15 erfordert es die kommunalpolitische Tätigkeit, die Bürger:innen umstandslos anzunehmen und zu versuchen, ein konstruktives Arbeitsklima zu schaffen. Die Personen mit ihren Meinungen und Präferenzen sind zu respektieren, unabhängig von persönlichen Wünschen oder Vorstellungen. Erkennbar wird eine objektive und distanzierte Haltung: Persönliche Meinungen oder private Präferenzen müssen ausgeblendet werden („ob man die jetzt persönlich mag“), ebenso Ansprüche, die an den Titel oder die Funktion als Bürgermeister:in geknüpft sind.

Deutlich wird dies auch im Kontext der Corona-Pandemie: Sie wird mit den verschiedenen sachpolitischen und sozialen Herausforderungen

möglichst objektiv angenommen und bestmöglich bearbeitet. Diese objektive Betrachtung schließt ein, dass der Fokus nicht nur auf den Problemen liegt, sondern vor allem Möglichkeiten und positive Komponenten erkannt werden. Grundsätzlich ist das Muster „Teilhabe“ nicht von persönlichen Wunschvorstellungen, sondern vor allem von der Bereitschaft und der Fähigkeit geprägt, eine Gegebenheit oder Situation unter pragmatischen Gesichtspunkten anzunehmen, realistisch einzuschätzen und Lösungen zu entwickeln. Diese objektive Sichtweise beruht dabei auf der Ansicht, dass prinzipiell die Meinungen aller Bürger:innen relevant sind und respektiert werden müssen:

4: [...] diese repräsentative Demokratie muss sich daran erinnern wer ihnen den Auftrag gegeben hat (...) und das ist so ein bisschen abhanden gekommen glaube ich (...) hm (BM4, Pos. 16)

Nach dem argumentativen Muster „Teilhabe“ soll durch die direkte Beteiligung der Bürger:innen ermöglicht werden, was durch die repräsentativen Strukturen nicht angemessen geleistet werden kann. BM4 hebt die Bedeutung der Bürger:innen als Auftraggeber:innen und demokratische Basis repräsentativer Institutionen hervor („Auftrag gegeben“). Gleichzeitig wird die „repräsentative Demokratie“ kritisiert: Aus Sicht von BM4 haben verantwortliche Politiker:innen zum Teil vergessen („daran erinnern“), welche Rolle die Bürger:innen in einer Demokratie einnehmen. Zugleich wird die Skepsis an den Fähigkeiten und dem Willen der übergeordneten Parlamentarier:innen, die Bürger:innen angemessenen zu repräsentieren, dabei möglichst ausgewogen zum Ausdruck gebracht („so ein bisschen“; „glaube ich“).

Die Gespräche sind von der Ansicht hinterlegt, dass alle politischen Akteur:innen in der Verantwortung stehen, die Sichtweisen der Bürger:innen zu respektieren und anzuerkennen. Dies kann vor allem durch direkte Beteiligung gelingen, weniger durch parlamentarische oder parteipolitische Strukturen. Grundsätzlich werden im Argumentationsmuster „Teilhabe“ vorhandene Repräsentationsstrukturen mit einer gewissen Skepsis betrachtet, was auch im Umgang mit der AfD deutlich wird:

10: [...] mittlerweile gibts ja auch hier schon so diese Spaziergänger, die sich dann treffen, und das werden / ja, immer mehr in den Stimmen auch, [...] für die etablierten Parteien, wird das schon spannend werden, wie das jetzt bei den nächsten Wahlen (...) naja so / so laufen könnte (...) [...] (BM10, Pos. 32)

Möglichst neutral und analytisch beschreibt BM10 im Kontext der Corona-Pandemie die „Spaziergänger“, die sich in der Kommune versammeln. Beobachtet wird dabei ein Zuwachs aus der Bevölkerung, was sich auch an den steigenden Wahlergebnissen für die AfD bemerkbar macht („immer mehr in den Stimmen“). Aus der objektiven Perspektive als Expert:in werden die Unzufriedenheit vieler Bürger:innen in der Pandemie und der Stimmenzuwachs für die AfD auf defizitäre Repräsentationsbeziehungen zurückgeführt. Eine persönliche Beurteilung wird von BM10 jedoch vermieden, stattdessen hat die objektive Expert:innen-Perspektive eine technische und weitestgehend wertfreie Betrachtungsweise zur Folge: Sehr distanziert werden die Proteste im Kontext der Corona-Pandemie und die Wahlergebnisse der AfD im Sinne eines sozialen Experiments als „spannend“ beschrieben. Eine persönliche Bewertung oder Positionierung erfolgt nicht. Aus objektiver Expert:innen-Perspektive nimmt BM10 vor allem die „etablierten Parteien“ und die Repräsentant:innen auf der Landes- und Bundesebene in die Pflicht, frustrierte Bürger:innen ernst zu nehmen und (partizipative) Lösungen bereitzustellen. Basierend auf den eigenen Erfahrungen in den Kommunen sind die Bürgermeister:innen im Muster „Teilhabe“ grundsätzlich der Überzeugung, dass den Bürger:innen durch Mitwirkung an politischen Prozessen das Gefühl gegeben werden kann, Entscheidungen aktiv beeinflussen und gestalten zu können.

8.6 Zusammenfassung: Fünf typologische Argumentationsmuster

Als zentrales Ergebnis geht aus den offenen Gesprächen mit den Bürgermeister:innen hervor, dass deren Perspektiven fünf Argumentationsmustern folgen. Die charakteristischen Muster werden im Kontext der Corona-Pandemie deutlich, entsprechen darüber hinaus dem zugrundeliegenden Amts-, Politik- und Systemverständnis sowie der empfundenen Erfüllung der eigenen Erwartungen. Durch die Grounded-Theory-Methodologie können die Hintergründe, Intentionen und Zusammenhänge in den Argumentationen der Bürgermeister:innen nachvollzogen und typologisch geordnet werden. Besonders wird dies im individuellen Umgang der lokalen Akteur:innen mit der AfD sichtbar.

Gegensatz: Die Gesprächspartner:innen 1, 7, 9 und 11 betonen vor dem Hintergrund nicht-erfüllter Erwartungen und aus persönlicher Perspektive vor allem Gegensätze. Sie offenbaren persönliche Ohnmacht, Unverständnis und Frustration. Darüber hinaus wird beklagt, dass staatliche Instan-

zen zu schwach auftreten und entgegen den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung handeln. Die Defizite, die in der Macht- und Verwaltungshierarchie ausgemacht werden, führen in der Konsequenz dazu, dass sich die Bürgermeister:innen einer übersteigerten Konkurrenzsituation ausgesetzt sehen und die eigenen Kommunen als Gegenstück zu größeren Städten zu idealisieren. Die Darstellung der eigenen Tätigkeit als Bürgermeister:in und der kommunalen Politik wird benutzt, um aus persönlicher Perspektive die Differenzen zu der übergeordneten Politik und den Politiker:innen zu betonen. Charakteristisch für dieses Argumentationsmuster ist, dass Frustration und Ärger der Bürger:innen sehr gut nachvollzogen werden können. Persönlich zeigen sich die Bürgermeister:innen offen für die AfD, legitimieren diese als Protestpartei und äußern Verständnis für deren Wähler:innen. Die Gesprächspartner:innen heben hervor, dass Systemkritik berechtigt ist, da die übergeordneten politischen Institutionen die Interessen und die Anliegen der mehrheitlichen Bevölkerung in den kleinen Kommunen missachten.

Verantwortung: Die Gespräche mit den Bürgermeister:innen 5, 13, 17 und 18 folgen dem Muster sachpolitischer Verantwortungsübernahme. Hervorgehoben werden die Erfolge der eigenen Kommune, die auf die eigene Amtsführung als Bürgermeister:in zurückgeführt werden. Sehr sachlich werden die Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ebenen, Handlungsmöglichkeiten, Zuständigkeiten und Herausforderungen aufgezeigt. Zentraler Dreh- und Angelpunkt der Argumentation ist die sachpolitische Verantwortungsübernahme: Wie andere politische Verantwortungs-träger:innen sehen sich die Bürgermeister:innen verpflichtet, die eigene politische Körperschaft im Rahmen der vorhandenen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten bestmöglich anzuleiten. Sie ordnen sich dazu umstandslos in die Macht- und Verwaltungshierarchie ein, betonen aber, dabei die eigenen Möglichkeiten erfolgreich zu nutzen. Der Erfolg der eigenen Kommune wird als konstruktiver Beitrag angesehen, um anderen Kommunen ein positives Beispiel zu geben und das politische System insgesamt zu stärken. Aus dieser Sicht wird die AfD zurückgewiesen, da die Partei keiner Verantwortung nachkommt, unsachlich diskutiert, mit Emotionen auf Stimmenfang geht und keinen Respekt vor politischen Ämtern und Institutionen zeigt. Allerdings ist nach dem Muster sachpolitischer Verantwortung prinzipiell eine Zusammenarbeit mit der AfD möglich, wenn dies der politischen Mehrheitsfindung dient oder der Austausch sachorientiert erfolgt.

Resignation: Die Gespräche mit den Bürgermeister:innen 3, 6 und 14 sind vor allem von persönlicher Resignation geprägt. Die Erwartungen an die eigene Tätigkeit als Bürgermeister:in, die kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten und das Prinzip der Selbstverwaltung können nicht erfüllt werden. In der Konsequenz wird deutlich, dass sich die Gesprächspartner:innen selbst als irrelevant wahrnehmen, Symptome persönlicher Erschöpfung zeigen und resigniert aus der Politik zurückziehen. Beklagt werden vor allem die umfassende Bürokratie und fehlende eigene Handlungsmöglichkeiten, was durch die Corona-Pandemie nochmals verstärkt worden ist. Die Gesprächspartner:innen sehen keine Möglichkeiten, etwas an der bestehenden Situation zu ändern oder den wahrgenommenen Zustand zu beeinflussen. Die Gespräche zeigen, dass auf die nicht erfüllten Erwartungen mit Passivität reagiert wird, ein Zustand der psychischen Erschöpfung stellt sich ein und es wird vom Rückzug aus dem lokalpolitischen Amt berichtet. Verstärkt wird dies durch das destruktive Auftreten der AfD: Beklagt wird, dass der ausgleichende und konsensuale Umgang miteinander untergraben wird. Zum Teil sehen sich die Gesprächspartner:innen vor Ort persönlichen Anfeindungen ausgesetzt. Allerdings fehlt den Bürgermeister:innen die mentale Stärke, sich klar gegen die AfD zu positionieren und zu wehren, die populistischen Agitationen werden mit persönlicher Resignation hingenommen.

Eigenständigkeit: In den Gesprächen mit den Bürgermeister:innen 2, 8, 12 und 19 liegt der Fokus auf der lokalen Eigenständigkeit unter dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Die Erwartung an die Tätigkeit als Bürgermeister:in mit dem Rollenverständnis „Kümmern“ wird erfüllt, in der Kommune wird sehr eigenständig und konsensual gehandelt. Im Unterschied zu den übergeordneten politischen Ebenen und der Tätigkeit als Politiker:in werden aus sachlich-funktionaler Perspektive die Vorteile und Besonderheiten kommunaler Politik und des Amtes als Bürgermeister:in hervorgehoben. Aus Sicht der Gesprächspartner:innen profitiert die lokale Politik vor allem vom engen Kontakt und dem regen Austausch mit den Bürger:innen. Aus Sicht der Gesprächspartner:innen ist es unter diesen Voraussetzungen auch in kleinen Kommunen möglich, eigenständige Lösungen für globale Themen, etwa den Klimawandel, zu entwickeln. Konstruktiv wird angemahnt, dass das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung politisch respektiert, rechtlich geschützt und vor allem finanziell gesichert werden muss. Vor dem Hintergrund lokaler Eigenständigkeit distanzieren sich die Bürgermeister:innen deutlich von der AfD. Beklagt wird vor allem, dass die AfD destruktive Stimmung verbreitet und das kon-

sensuale Miteinander untergräbt, darüber hinaus Menschen systematisch verunglimpft und politisch rechte Positionen duldet. Die Ablehnung der AfD wird durch normative Wertvorstellungen begründet und sehr deutlich und nachdrücklich artikuliert.

Teilhabe: Die Gesprächspartner:innen 4, 10, 15 und 16 heben aus objektiver Perspektive die Wichtigkeit der direkten und aktiven Beteiligung der Bürger:innen hervor. Betont werden vor allem die partizipativen Chancen der Kommunalpolitik, das Potenzial der kommunalen Ebene im politischen System und die Möglichkeiten der eigenen Tätigkeit als Bürgermeister:in. Aus objektiver Expert:innen-Perspektive wird die Ansicht vertreten, dass das politische System von der demokratischen Teilhabe auf der kommunalen Ebene profitiert und insgesamt gestärkt werden kann. Die eigenen Erwartungen werden erfüllt, die Gesprächspartner:innen zeigen durch die eigene Arbeit vor Ort, dass die Bürger:innen durch partizipative Elemente ernst genommen werden und mittels verschiedener Angebote aktiv an politischen Prozessen teilhaben können. Das Plädoyer für eine Stärkung direkt- und basisdemokratischer Elemente geht mit einer neutralen und distanzierter Erzählperspektive sowie mit Kritik an parlamentarischen und parteipolitischen Repräsentationsstrukturen einher. Die neutrale Positionierung bedeutet in der Konsequenz auch, dass von den Bürgermeister:innen keine persönliche Verantwortung gesehen wird, sich aktiv von der AfD abzugrenzen oder klar Stellung zu beziehen. Die AfD wird als soziales Experiment mit offenem Ausgang betrachtet, wobei vor allem die Repräsentant:innen auf Landes- und Bundesebene in die Pflicht genommen werden.